

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Jürgen Krupp

Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und
Perspektiven der Beschäftigungsstruktur

19. Jg./1986

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur

Hans-Jürgen Krupp*)

In den letzten Jahrzehnten ist es zu wesentlichen Beschäftigungszunahmen bei den Dienstleistungen gekommen. Leider erlauben die verfügbaren Statistiken kein eindeutiges Bild, insbesondere, was den internationalen Vergleich anbetrifft. Alle verfügbaren Indikatoren zeigen jedoch, daß die Dienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland schwächer entwickelt sind als in vergleichbaren Industrieländern, insbesondere aber als in den Vereinigten Staaten. Dies gilt sowohl für die sektorale als auch für die funktionale Betrachtung. Die starke Außenorientierung der Bundesrepublik Deutschland wird auch in Zukunft dazu führen, daß der Dienstleistungssektor hier kleiner ist als zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Dessen ungeachtet liegen aber auch für die Bundesrepublik Deutschland noch erhebliche Beschäftigungspotentiale in einer Ausweitung des Dienstleistungssektors. Dies gilt insbesondere für produktionsorientierte Dienstleistungen und für Dienstleistungen im Humanbereich, zum Beispiel auf dem Gebiet Gesundheit, Sozialpflege, Bildung und Weiterbildung.

Der Rückstand in der Entwicklung der Dienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland kann teilweise dadurch erklärt werden, daß die hier zur Diskussion stehenden Dienste traditionell staatlich organisiert sind. Die Diskussion um die Größe des Staatsanteils, die Abgrenzung privater und öffentlicher Dienstleistungen und die Einkommenssituation der im öffentlichen Bereich tätigen Akademiker ist nicht vorangekommen. Sie wird überschattet von einer Privatisierungsdiskussion, die den Staatsanteil reduzieren will, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß eine Ausweitung des Dienstleistungsanteils ohne Vergrößerung des Staatsanteils schon eine beachtliche Leistung wäre. Bei der Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungen sind auch neue Organisationsformen zu diskutieren. Angesichts der Beschäftigungspotentiale, die schon mit kleineren Veränderungen der Akademikereinkommen verbunden sein können, ist auch eine Diskussion überholter Einkommensprivilegien der Akademiker im öffentlichen Bereich notwendig. Zugeständnisse an dieser Stelle dürfen freilich nicht zu zusätzlichen Sparmaßnahmen der öffentlichen Hände mißbraucht werden.

1. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland einen Rückstand im Strukturwandel zu den Dienstleistungen?

Es bedarf kaum besonderer Erläuterung, daß sich der Arbeitskräftebedarf in den Dienstleistungsbereichen von dem in traditionellen industriellen Sektoren unterscheidet. Insofern ist die Frage, wie die Perspektiven für die Entwicklung des Dienstleistungssektors in der Bundesrepublik Deutschland aussehen, zugleich eine Frage nach der zukünftigen Beschäftigungsstruktur.

Über Entwicklung und Perspektiven des Dienstleistungssektors in der Bundesrepublik Deutschland besteht nach wie vor hohe Unsicherheit. Die Statistik erfaßt Dienstleistungen ohnehin noch nicht in der Differenziertheit und Tiefe, die es erlauben würde, das Entstehen neuer Dienstleistungen nachzuzeichnen. Eine Beurteilung der Frage, ob die Entwicklung zu den Dienstleistungen in ausreichendem Maße vorangekommen ist, ist am ehesten auf der Basis internationaler Vergleiche möglich, die wiederum zahlreiche Schwierigkeiten mit sich bringen. Einmal ist die sektorale Definition häufig sehr unterschiedlich, zum anderen sind Dienstleistungsfunktionen institutionell in ganz unterschiedlichem Maße aus dem Industriesektor ausgegliedert worden. Ein und dieselbe Funktion erscheint einmal als Bestandteil des Industriesektors, wenn sie in einem Industrieunternehmen wahrgenommen wird, und das andere Mal als Tätigkeit im

Dienstleistungssektor, wenn sie von einem selbständigen Dienstleistungsunternehmen an das Industrieunternehmen verkauft wird. Insofern ist im internationalen Vergleich eine funktionale Abgrenzung, die an Berufen oder Tätigkeiten anknüpft, der sektoralen überlegen. Freilich darf man auch hier die Schwierigkeiten in der Vergleichbarkeit von Berufsqualifikationen nicht unterschätzen.

Jeder Versuch, die Entwicklung zu den Dienstleistungen im internationalen Vergleich statistisch zu erfassen und die Frage eines Rückstands zu diskutieren, ist daher mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet. Es ist daher sinnvoll, bei der Diskussion eines eventuellen Rückstands mit unterschiedlichen Ansätzen zu arbeiten und sich erst auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Informationen ein Bild zu machen.

Vergleicht man Größe und Entwicklung des Dienstleistungssektors in sektoraler Abgrenzung für wichtige Industrieländer, ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild. Die Bundesrepublik Deutschland erweist sich als ein Land, bei dem in bezug auf die Größe des Dienstleistungssektors ein erheblicher Rückstand besteht, und dies obwohl auch in der Bundesrepublik Deutschland die Dienstleistungen erheblich ausgeweitet worden sind¹⁾.

Schaubild 1 macht aber den Rückstand deutlich, der sich in sektoraler Betrachtung für das Jahr 1980 ergibt. Tabellen 1 und 2 erlauben eine sehr viel differenziertere Betrachtung. Es zeigt sich insbesondere, daß Länder, die über einen großen Dienstleistungssektor verfügen, diesen auch schon vor zehn Jahren hatten. Man kann diesen Tatbestand freilich auch anders interpretieren. Ein gegebener Rückstand ist nicht aufgeholt worden. Große Unterschiede ergeben sich vor allem bei den sozialen Diensten und bei den kommerziellen Dienstleistungen.

*) Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors. Er dankt Dietmar Edler und Dr. Dieter Vesper für Unterstützung, Anregung und kritische Kommentare.

¹⁾ Franzmeyer, F., Zum Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur im internationalen Vergleich, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/83, S. 69 ff.; Wegner, M., Erklärungen für das Arbeitsplatzwunder in den USA und für die stagnierende Beschäftigung in der EG, in: Ifo-Studien 1983/2, S. 101 ff.

Tabelle 1: Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur nach Sektoren¹⁾ in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien von 1965 bis 1980

Sektoren	Bundesrepublik Deutschland ²⁾				Frankreich ³⁾				Großbritannien ⁴⁾				Italien ⁵⁾			
	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980
Landwirtschaft, Jagd, Forst- und Fischereiwirtschaft	3,6	3,4	3,3	3,0	8,3	6,9	5,7	5,4	2,6	2,7	2,7	2,6	10,1	8,1	7,5	6,7
Nahrungs- und Genußmittel	5,9	5,4	5,0	4,4	28,2	4,3	4,7	4,4	4,2	4,2	4,2	4,1	25,3	4,5	4,7	4,7
Textilien, Bekleidung, Leder	3,9	3,3	2,6	2,1		2,9	2,6	2,1	2,8	2,5	2,3	1,8		4,6	4,2	4,6
Holzbe- und -verarbeitung	1,5	1,5	1,5	1,4		0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,9	0,7		1,6	1,6	2,1
Papier, Pappe, Druck- und Verlagszeugnisse	1,9	1,9	1,6	1,6		1,5	1,3	1,3	2,3	2,3	2,1	2,0		1,6	1,4	1,7
Metallerzeugung	4,0	4,0	3,7	3,3		2,8	2,2	2,3	2,3	2,0	1,5	1,0		2,0	2,2	2,3
Metallverarbeitung	14,3	15,8	15,7	16,2		10,8	12,0	12,0	12,2	11,3	10,9	9,4		8,3	7,8	8,7
Bergbau, Steine und Erden, übrige verarbeitende Industrie	9,1	10,3	9,5	9,3		8,4	8,0	8,1	9,3	10,4	9,4	12,6		6,0	6,4	7,3
Elektrizität, Gas, Dampf, Wasser	2,0	2,3	2,9	3,0	1,7	1,9	2,2	2,5	2,2	2,5	2,8	3,0	5,0	5,5	5,2	4,9
Baugewerbe	9,3	8,1	7,3	7,4	8,4	7,9	7,3	5,6	8,8	8,3	7,0	6,3	9,1	8,3	6,9	6,1
Handel, Hotels, Gaststätten	12,1	11,6	11,1	10,4	13,8	13,4	13,2	13,0	10,5	10,2	10,0	9,9	15,1	15,5	15,9	16,3
Transport, Lager, Nachrichtenübermittlung	5,5	5,6	5,5	6,3	6,0	5,8	6,0	6,7	6,2	6,6	7,1	7,3	6,0	6,1	6,6	6,8
Banken, Versicher., Wohn.-vermietung, Unternehmensdienste	15,5	15,9	18,1	20,7	20,3	20,6	23,0	25,1	22,3	22,9	24,9	25,4	16,1	16,5	17,7	17,3
Staatliche Dienste	9,7	9,5	10,6	9,7	12,3	11,1	10,4	10,2	13,4	13,1	14,2	13,9	12,5	10,6	11,2	10,0
Sonstige Dienste	1,6	1,4	1,3	1,3	0,9	0,9	0,7	0,6	0,0	0,2	0,0	0,0	0,8	0,8	0,8	0,7
Sekundärer Sektor ⁶⁾	50,3	51,3	49,1	48,0	37,0	40,4	40,5	38,6	39,7	40,3	38,0	34,1	39,4	42,4	40,4	42,3
Tertiärer Sektor ⁷⁾	44,4	44,0	46,7	48,4	53,4	51,8	53,2	55,6	55,1	55,1	57,8	58,9	50,5	49,5	52,2	51,1

¹⁾ Beitrag der Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen. Korrekturposten zum Bruttoinlandsprodukt wurden jeweils proportional auf die Produktionsbereiche, denen sie zuzuordnen sind, verteilt. – ²⁾ Preisbasis 1970. Unternehmensdienste sowie Druck- und Verlagszeugnisse unter Sonstige Dienste. – ³⁾ Preisbasis 1970. – ⁴⁾ Preisbasis 1975. Hotels und Gaststätten sowie Verteilung von Kraftstoff und Pkw unter Staatliche Dienste. – ⁵⁾ Preisbasis 1970. Bergbau, Steine und Erden unter Verarbeitende Industrie. – ⁶⁾ Verarbeitende Industrie, Elektrizität, Gas, Dampf und Wasser, Baugewerbe. – ⁷⁾ Handel, Transport, Banken, Staatliche und Sonstige Dienste.

Quellen: OECD, National Accounts, Volume 11, Detailed Tables, 1963–1980, Edition 1982, Paris; Schätzungen und Berechnungen des DIW

Entnommen aus: Franzmeyer F., Zum Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur im internationalen Vergleich in: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/83, S. 69 ff.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland fallen funktionale und sektorale Gliederung auseinander²⁾. Schaubild 2 zeigt die Entwicklung der Dienste in der Gesamtwirtschaft. In den letzten fünfzehn Jahren verläuft die Entwicklung von Dienstleistungsfunktionen mehr oder weniger parallel zum tertiären Sektor, genauso wie die Entwicklung von Fertigungsfunktionen mehr oder weniger parallel zum sekundären Sektor verläuft. Zumindest in bezug auf die Entwicklung fallen also funktionale und sektorale Gliederung nicht so weit auseinander.

Das starke Ansteigen der Fertigungsdienstleistungen auch in den Fertigungssektoren zeigt Tabelle 3. Im verarbeitenden Gewerbe nimmt von 1961 bis 1982 der Anteil der Fer-

tigungsfunktionen um 10 Prozentpunkte ab, während im gleichen Zeitraum der Anteil der verschiedenen Dienstleistungsfunktionen um 12 Prozentpunkte zunimmt.

Der funktionale Vergleich ist international besonders schwierig, da die ohnehin wenigen hierfür verfügbaren Statistiken nicht entsprechend ausgewertet sind. Tabelle 4 stellt einen Versuch dar, Entwicklung und Stand von wichtigen Fertigungs- und Dienstleistungsfunktionen im Vergleich der USA und der Bundesrepublik Deutschland darzustellen³⁾. Ausgangspunkt ist hier eine Klassifizierung der Erwerbstätigen nach Berufen. Schaubild 3 zeigt Fertigungs- und Dienstleistungsfunktionen noch einmal zusammengefaßt. Zwei Ergebnisse sind in diesem Zusammenhang festzuhalten. Ein Bild, das die USA mit einem gewissen Vorsprung in der Entwicklung des Dienstleistungssektors sieht, der dann eingegeben wird, entspricht nicht dem hier ausgewiesenen Tatbestand. Faßt man alle Dienstleistungsfunktionen zusammen, beträgt der Abstand zwischen den USA und der

²⁾ Bade, F.-J., Produktionsorientierte Dienste – Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/85, S. 202 ff.

³⁾ Brasche, U., M. Teschner, D. Vesper, Sind die Unterschiede der Beschäftigungsentwicklung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland in der Reallohnentwicklung begründet? in: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/84, S. 405 ff.

Tabelle 2: Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur nach Sektoren¹⁾ in Belgien, Schweden, den USA und Japan von 1965 bis 1980

Sektoren	Belgien ²⁾				Schweden ³⁾				USA ⁴⁾				Japan ⁵⁾			
	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980	1965	1970	1975	1980
Landwirtschaft, Jagd, Forst- und Fischereiwirtschaft	4,4	3,6	2,9	2,8	6,5	5,5	4,9	4,4	3,8	3,4	3,3	2,9	9,5	6,0	5,3	3,6
Nahrungs- und Genußmittel	5,2	5,2	5,2	4,9	3,7	3,4	3,0	2,8	2,9	2,8	2,9	26,3	24,1	2,9	3,2	2,8
Textilien, Bekleidung, Leder	3,4	3,0	2,4	2,0	2,0	1,6	1,3	0,9	1,7	1,6	1,6			1,5	1,3	1,2
Holzbe- und -verarbeitung	1,0	1,1	1,3	1,3	2,4	2,6	2,3	2,1	1,1	1,0	1,0			—	—	—
Papier, Pappe, Druck- und Verlagserzeugnisse	1,7	1,7	1,5	1,3	5,0	4,9	4,2	4,4	2,3	2,2	2,1			0,9	0,9	0,8
Metallerzeugung	1,7	2,1	1,6	1,7	1,7	1,8	1,7	1,5	2,8	2,3	1,9			3,0	3,2	3,7
Metallverarbeitung	7,7	9,3	10,2	10,1	10,4	11,4	13,2	11,7	10,2	9,8	9,5			11,5	11,4	17,1
Bergbau, Steine und Erden, übrige verarbeitende Industrie	5,5	5,9	5,6	6,1	4,3	4,7	4,5	4,0	7,0	7,2	7,0			10,2	9,2	9,0
Elektrizität, Gas, Dampf, Wasser	1,8	2,1	3,0	3,4	1,8	1,9	2,3	2,7	2,2	2,5	2,6			2,5	1,9	2,0
Baugewerbe	8,2	7,5	7,1	6,9	9,1	9,0	7,9	7,9	6,8	5,7	4,6	4,3	8,2	9,1	9,3	7,5
Handel, Hotels, Gaststätten	17,8	17,9	17,8	17,4	13,2	12,8	12,5	11,9	16,6	16,9	17,6	17,2	13,1	13,2	14,2	13,4
Transport, Lager, Nachrichtenübermittlung	8,8	8,8	7,8	8,2	5,6	5,7	6,3	7,1	5,4	5,9	6,2	6,9	5,4	6,1	6,2	5,9
Banken, Versicher., Wohn.-vermietung, Unternehmensdienste	18,5	18,2	19,3	19,5	16,2	15,0	15,7	16,3	23,5	24,6	26,0	27,4	23,7	23,1	23,8	23,6
Staatliche Dienste	12,5	12,3	13,2	13,4	16,7	18,6	19,6	21,6	13,8	14,3	13,8	12,6	12,8	9,2	8,8	8,1
Sonstige Dienste	1,8	1,4	1,1	0,9	1,3	1,0	0,8	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	1,4	1,5	1,6
Sekundärer Sektor ⁶⁾	34,1	36,6	37,2	37,2	39,4	40,4	39,4	37,4	34,2	32,2	30,6	30,6	33,4	40,3	39,8	43,4
Tertiärer Sektor ⁷⁾	59,6	58,6	59,1	59,4	53,1	53,1	54,9	57,5	59,2	61,6	63,7	64,0	56,3	53,0	54,5	52,5

¹⁾ Beitrag der Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen. Korrekturposten zum Bruttoinlandsprodukt wurden jeweils proportional auf die Produktionsbereiche, denen sie zuzuordnen sind, verteilt. – ²⁾ Preisbasis 1975. Für 1963 und 1964 Dampf und Heißwasser unter Bergbau, Steine und Erden, übrige verarbeitende Industrie. Einfuhrabgaben unter Handel. Alle Bereiche, nicht aber die Bezugsgröße Bruttoinlandsprodukt, ohne bestimmte selbsterstellte Anlagen. – ³⁾ Kalkulatorische Bankdienste wurden vom Sektor Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, Unternehmensdienste abgesetzt. – ⁴⁾ Preisbasis 1970. Staatliche Unternehmen als statistische Diskrepanz ausgewiesen. – ⁵⁾ Preisbasis 1975. Hotels und Gaststätten sowie Unternehmensdienste unter Staatliche Dienste. Nahrungs- und Genußmittel ohne Tabak. Textilien und Bekleidung, Leder ohne Bekleidung und Leder. Holzbe- und -verarbeitung unter übrige verarbeitende Industrie. – ⁶⁾ Verarbeitende Industrie, Elektrizität, Gas, Dampf und Wasser, Baugewerbe. – ⁷⁾ Handel, Transport, Banken, Staatliche und Sonstige Dienste.

Quellen: OECD, National Accounts, Volume 11, Detailed Tables, 1963–1980, Edition 1982, Paris; Schätzungen und Berechnungen des DIW.

Entnommen aus: Franzmeyer, F., Zum Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur im internationalen Vergleich, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/83, S. 69 ff.

Bundesrepublik Deutschland etwa 15 Prozent der Erwerbstätigen. Dieser Abstand hat sich in dem betrachteten Zeitraum kaum verändert.

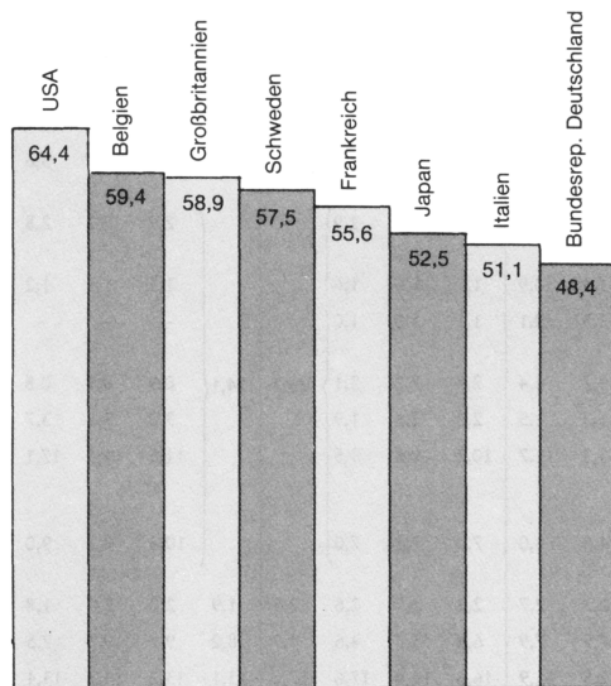
Betrachtet man die einzelnen in Tabelle 4 ausgewiesenen Berufe, sieht man, daß es bestimmte Schwerpunktbereiche sind, in denen die Beschäftigung in den USA ausgeweitet worden ist. Der Tabelle kann man auch entnehmen, daß sich im zeitlichen Vergleich durchaus unterschiedliche strukturelle Entwicklungen in der Bundesrepublik und in den USA ergeben haben. In vielen Berufen war die Ausweitung in den USA sehr viel deutlicher als in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Struktur des Beschäftigungswachstums in den USA wird besonders klar, wenn man einmal die zehn Wirtschafts-

bereiche mit den kräftigsten Beschäftigungszunahmen darstellt⁴⁾. In Tabelle 5 findet sich eine entsprechende Zusammenstellung. Es waren im wesentlichen die Dienstleistungen, die das Beschäftigungswachstum in den USA getragen haben. Unter den zehn Wirtschaftsbereichen mit den höchsten Beschäftigungszunahmen befindet sich nur einer, der gewerblicher Natur ist, der aber zu einem wesentlichen Teil auch aus Dienstleistungen besteht, nämlich das Baunebengewerbe. Deutlich wird aus dieser Tabelle auch, daß die in der Bundesrepublik weit verbreitete These, daß es im wesentlichen der Ausbau niederwertiger Beschäftigungsfunktionen im Gaststättengewerbe – McDonald's dient hier häufig als Stichwort – gewesen sei, einer empirischen Überprüfung nicht standhält. Die Ausweitung des Bereichs Essen und Trinken spielt eine wichtige Rolle, stellt aber nur einen kleinen Teil des gesamten Beschäftigungszuwachses dar, und auch hierbei sind nicht nur niederwertige Beschäftigungsfunktionen ausgeweitet worden.

⁴⁾ Bednarzik, R. W., J. E. Sabelhaus, Job Creation and losses in the US, 1973–1984: Low or High Wage Industries, Paper prepared for the OECD Manpower and Social Affairs Committee, December 12–14, 1984.

Schaubild 1: Der Beitrag des tertiären Sektors zum realen Bruttoinlandsprodukt 1980 – in vH –

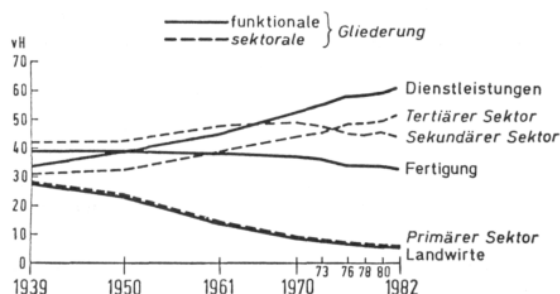


Quelle: Franzmeyer, F., Zum Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur im internationalen Vergleich, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/1983, S. 69 ff.

Den wohl umfangreichsten Versuch, die strukturelle Entwicklung im internationalen Vergleich nachzuzeichnen, hat Martin Rein unternommen⁵⁾. Hier wird die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Schweden und den USA miteinander verglichen. Zugrunde gelegt wird eine funktionale Gliederung, die allerdings nicht ganz durchgehalten wird. Schaubild 4 zeigt ein zusammenfassendes

⁵⁾ Rein, M., Women in the Social Welfare Labor Market, Discussion Papers, Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/CMP 85-18, Berlin 1986.

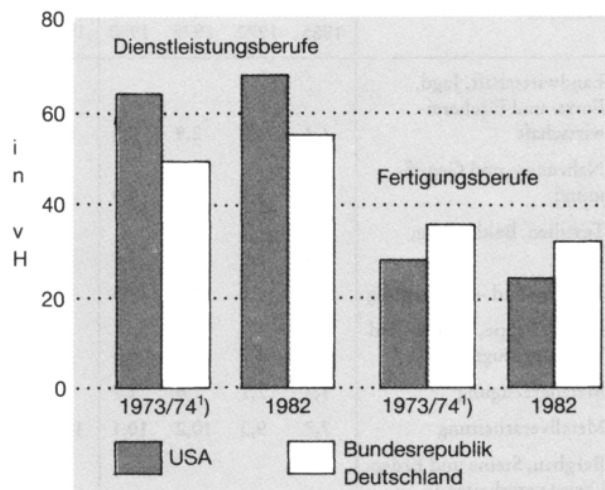
Schaubild 2: Entwicklung der Dienste in der Gesamtwirtschaft – Anteile an allen Erwerbstätigen in vH –



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. (1939 bis 1970: Volkszählung; 1973 bis 1982: Mikrozensus.)

Entnommen aus: Bade, F.-J., Produktionsorientierte Dienste – Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/1985, S. 202 ff.

Schaubild 3: Erwerbstätige nach Berufsgruppen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland – in vH aller Erwerbstätigen –



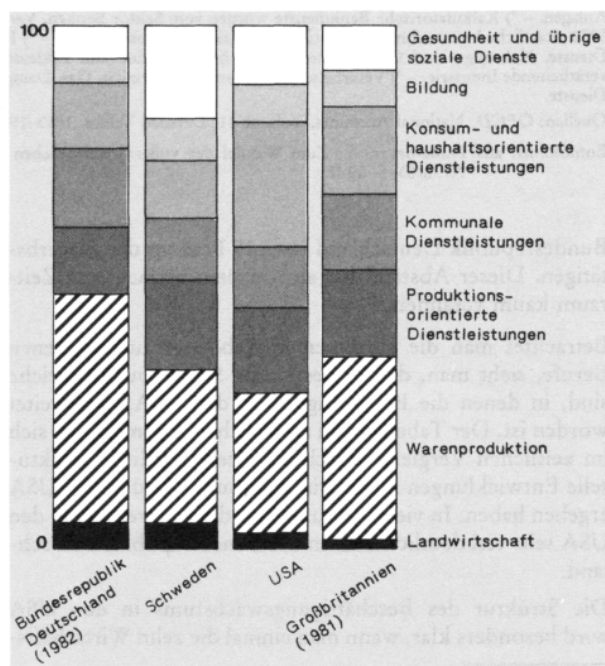
¹⁾ USA 1974, Bundesrepublik Deutschland 1973

Quelle: Tabelle 4

des Ergebnis dieser Studie, die darüber hinaus sehr viele Informationen, insbesondere zur Struktur der Beschäftigungsentwicklung im Verhältnis von Männern und Frauen, gibt. Tabelle 6 zeigt die entsprechenden Zahlen.

Auch hier zeigt sich, daß es im wesentlichen zwei Bereiche sind, in denen für die Bundesrepublik Deutschland statistisch Rückstände ausgewiesen werden. Dies ist einmal der „Humanbereich“ im weitesten Sinne, also Gesundheit, soziale Dienste, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Dies ist zum anderen der Bereich „Produktionsorientierte Dienste“.

Schaubild 4: Struktur der Beschäftigung im Jahre 1983



Quelle: Rein, M., Women in the Social Welfare Labor Market, Discussion Papers, Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/CMP 85-18, Berlin 1986, Tab. 4-7, S. 155-158.

Tabelle 3: Die funktionale Wirtschaftsstruktur nach Sektoren
Anteil¹⁾ der Erwerbstätigen in ausgewählten Funktionsbereichen²⁾; alle Erwerbstätigen eines Sektors in einem Jahr gleich 100 vH

Sektor	Jahr	Fertigungs- funktionen (07 – 54)	Technische Dienste (60 – 63)	Verwaltungs- dienste (75 – 78)	Handels- dienste (68 – 70)	Gesundheits- u. Sozial- dienste (82 – 89)	Alle Erwerbs- tätigen in Tsd.
Bergbau und Energie	1961	74,0	6,6	7,7	1,5	0,4	802
	1970	65,2	10,6	12,6	1,8	0,7	538
	1982	53,1	13,8	13,8	1,5	0,0	552
Verarbeitendes Gewerbe	1961	71,3	4,7	11,1	2,4	0,4	9 931
	1970	64,8	7,4	14,9	4,4	0,8	10 387
	1982	61,2	9,1	16,4	4,5	0,7	9 286
Baugewerbe	1961	88,0	2,4	4,4	0,1	0,0	2 025
	1970	82,0	4,2	7,1	0,8	0,2	2 033
	1982	75,1	5,4	10,7	1,2	0,0	1 887
Handel	1961	8,2	0,6	16,8	54,4	1,4	3 132
	1970	11,2	1,0	23,7	50,3	2,0	3 305
	1982	10,0	1,3	26,5	48,4	2,0	3 211
Verkehr, Nachrichten	1961	14,6	3,7	17,9	3,1	0,1	1 476
	1970	15,2	3,8	23,1	5,5	0,3	1 443
	1982	13,3	5,9	27,4	5,1	0,0	1 517
Banken, Versicherungen	1961	0,7	0,4	34,3	57,7	0,2	460
	1970	1,1	0,8	25,7	66,8	0,5	682
	1982	0,0	0,8	26,0	65,0	0,7	899
Sonstige Dienstleistungen	1961	7,7	4,0	11,7	2,6	30,6	2 947
	1970	7,9	5,0	14,1	4,1	36,1	3 591
	1982	7,9	4,8	15,9	3,1	41,8	4 764
Staat, Private Organisatio- nen ohne Erwerbscharakter	1961	7,4	4,6	39,6	1,2	6,2	1 983
	1970	7,8	4,8	37,0	0,7	5,9	2 526
	1982	6,4	4,7	36,3	0,5	11,3	3 314
Alle Wirtschaftsbereiche ³⁾	1961	39,0	3,2	12,7	9,0	4,2	26 420
	1970	37,1	4,9	16,9	10,8	6,1	26 494
	1982	32,6	5,8	19,7	10,6	9,5	26 774

¹⁾ Die Berechnung der Anteile ist 1961 nur für Erwerbspersonen und 1970 nur für deutsche Erwerbstätige möglich; die letzte Spalte jedoch zeigt immer die jeweilige Zahl aller Erwerbstätigen.

²⁾ In Klammern: Nummer der entsprechenden Berufsgruppen nach der Klassifikation der Berufe von 1975.

³⁾ Einschließlich Land- und Forstwirtschaft sowie der Fälle „ohne Angabe des Wirtschaftszweiges“.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1961 und 1970: Volks- und Berufszählung; 1982: Mikrozensus); eigene Berechnungen.

Entnommen aus: *Bade, F.-J., Produktionsorientierte Dienste – Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel*, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/85, S. 202 ff.

Nach den bisher vorgelegten Ergebnissen ist es denkbar, daß der statistisch ausgewiesene Rückstand im Bereich produktionsorientierter Dienste partiell eine Abgrenzungsfrage darstellt. Allerdings ist es angesichts des so deutlichen Bildes im Vergleich zu den drei anderen betrachteten Industrieländern wenig wahrscheinlich, daß es sich hierbei nur um eine Abgrenzungsfrage handelt.

Dies zeigt auch der internationale Dienstleistungshandel. Betrachtet man hier die Marktanteile bei den „anderen privaten Dienstleistungen“, die je nach Abgrenzung für etwa 30 Prozent des Dienstleistungshandels der Industrieländer stehen, zeigt sich ein sehr gravierender Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland⁶⁾. Das Einnahmen-Ausgaben-Verhältnis hat sich in den Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren zwar von 350 auf

280 Prozent vermindert. Die Unterdeckung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich von rund 51 auf rund 87 Prozent verbessert. Der Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland ist aber gravierend. Die Bundesrepublik Deutschland tätigt hier deutlich mehr Ausgaben, als sie Einnahmen erzielt, während es bei den USA nach wie vor so ist, daß sie knapp das Dreifache ihrer Ausgaben auf diesem Gebiet als Einnahmen erzielt. Tabelle 7 stellt die Situation der wichtigsten westlichen Industrieländer dar. Interessant ist übrigens, daß auch Japan eine derartige Unterdeckung aufweist.

Der deutliche Rückstand im „Humanbereich“ läßt sich sicher nicht mit Abgrenzungsproblemen erklären. Nach den Schätzungen von *Martin Rein* sind hier in Schweden 25 Prozent, in den USA 17 Prozent, in Großbritannien 15 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland 10 Prozent beschäftigt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in den USA und Schweden die Erwerbsquote der Frauen deutlich höher ist als bei uns, so daß auf den Kopf bezogen die Diskrepanz noch größer wird.

⁶⁾ Petersen, H.J., u. a., Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland – Entwicklung, Handel, Politik, in: DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 78, Berlin 1984.

Tabelle 4: Erwerbstätige nach Berufen¹⁾ in den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland

Beruf	Vereinigte Staaten			Bundesrep. Deutschland		
	Veränderung der Erwerbs- tätigen in vH 1982-1974	Anteile an den Beschäftigten		Veränderung der Erwerbs- tätigen in vH 1982-1973	Anteile an den Beschäftigten	
		1974	in vH 1982		1973	in vH 1982
Land- u. forstwirt. Berufe	-3,6	4,4	3,7	-29,5	7,3	5,2
<i>Fertigungsberufe</i>						
Steinbearbeiter, Drucker, Holzbearbeiter	5,5	0,8	0,7	-13,2	2,8	2,4
Metallverarbeiter	1,3	6,3	5,5	-4,2	10,0	9,7
Elektriker, Elektrogerätebauer u. a.	1,3	1,7	1,5	-1,2	2,5	2,5
Montierer, sonst. Metallarbeiter	-4,6	1,3	1,1	-15,3	1,3	1,1
Textil-, Bekleidungs- u. lederverarb. Berufe	-19,5	2,1	1,4	-36,8	2,9	1,8
Bäcker, Fleischer, Köche u. a.	32,5	1,7	1,9	8,8	2,1	2,3
Bauberufe, Maler, Tischler, Polsterer	2,6	3,6	3,2	-14,1	6,9	6,0
Alle anderen Handwerks- u. Fertigungsberufe ²⁾	0,9	0,7	0,6	-	-	-
Vorarbeiter und Meister, a.n.g. ^{2,3)}	15,9	1,7	1,7	-	-	-
Warenprüfer, Versandfertigmacher, Hilfsarb.	-7,0	6,3	5,1	-18,3	5,9	4,9
Maschinisten	-1,3	1,6	1,4	-3,4	1,3	1,3
Zusammen	0,5	27,7	24,1	-11,2	35,8	32,1
Ingenieure, Techniker, Sonderfachkräfte	30,0	2,6	2,9	11,3	5,1	5,8
<i>Dienstleistungsberufe</i>						
Warenkaufleute	14,5	7,0	6,9	-0,2	7,7	7,8
Bank- u. Versicherungskaufleute	45,1	1,5	1,8	19,5	1,8	2,2
Andere Dienstleistungskaufleute	25,3	1,2	1,4	26,4	0,5	0,7
Verkehrs- u. Nachrichtenberufe	3,6	4,8	4,3	-8,5	4,5	4,2
Lager- und Transportberufe	5,0	2,6	2,4	-7,4	1,9	1,8
Manager, leitende Angestellte	24,7	7,3	7,8	23,5	3,2	4,0
Rechnungskaufleute, EDV-Fachleute	44,1	7,9	9,8	0,4	1,8	1,8
Bürofach-, Bürohilfskräfte	16,7	8,2	8,3	9,6	12,6	13,9
Ordnungs- u. Sicherheitsberufe	27,2	3,5	3,9	7,8	3,8	4,1
Publizisten, Künstler u.a.	31,8	1,8	2,1	17,0	0,7	0,9
Gesundheitsdienstberufe	43,4	4,5	5,5	42,0	2,8	4,1
Sozialpflegerische Berufe	13,4	1,7	1,7	86,9	0,6	1,2
Lehrer	13,8	4,3	4,3	41,8	2,0	2,9
Wissenschaftler a.n.g. ³⁾	49,4	1,5	1,9	27,9	0,4	0,5
Friseure	7,7	0,7	0,7	7,6	0,8	0,8
Gastwirte, Kellner u.a.	32,0	3,5	4,0	-6,3	2,2	2,0
Reinigungsberufe	2,6	2,7	2,4	1,3	2,5	2,6
Zusammen	23,5	64,8	69,1	10,0	49,8	55,4
Nachrichtlich:						
Erwerbstätige insgesamt (in 1000)		85 936	99 526		27 070	26 778

¹⁾ Zusammenfassung von Berufen in Anlehnung an die Berufssystematik des Statistischen Bundesamtes.

²⁾ Für diese Berufsbereiche gibt es in der deutschen Statistik kein Äquivalent.

³⁾ a.n.g. = anderweitig nicht genannt.

Quellen: Bureau of Labor Statistics (Current population survey, Jahresdurchschnitte); Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des DIW. Vgl. auch U. Brasche, M. Teschner und D. Vesper, Sind die Unterschiede der Beschäftigtenentwicklung in den USA und der Bundesrepublik Deutschland in der Reallohnentwicklung begründet? in: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/1984, S. 405 ff.

Freilich muß man berücksichtigen, daß das Ausmaß der Teilzeitarbeit sowohl in den USA wie in Schweden merklich größer ist als bei uns. Umgerechnet in Vollarbeitsplätze könnte es also sein, daß die Differenz etwas geringer ausfällt. Auch der geringere Anteil von Teilzeitarbeit ist freilich ein Problem, das ernstgenommen werden muß. An dieser Stelle soll die Darstellung des empirischen Materials abgebrochen werden. Deutlich wird, daß es heute nicht

möglich ist, ein eindeutiges, widerspruchsfreies Bild der Entwicklung zu zeichnen. Deutlich wird aber auch, daß alle hier vorgelegten Informationen einen merklichen Rückstand der Dienstleistungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ausweisen. Die Feinheiten der Problematik von funktionaler und sektoraler Abgrenzung und statistischer Sonderprobleme spielen in diesem Zusammenhang offensichtlich keine ausschlaggebende Rolle.

Tabelle 5: Die zehn Wirtschaftsbereiche mit der höchsten Beschäftigungszunahme 1973/1984 in den USA

Wirtschaftsbereich	Zunahme		Anteil an der gesamten Beschäftigungszunahme 1973/1984 vH	Anteil 1984 an der Gesamtbeschäftigung vH
	1973/1984 absolut	relativ		
	(in 1000)			
Gesundheitsdienste	2 361	63,4	14,1	5,8
Essen und Trinken	2 266	72,6	13,6	5,1
Unternehmensdienstleistungen	2 104	105,8	12,6	3,9
Bundesstaaten und Kommunen	1 147	10,1	6,9	11,9
Großhandel mit langlebigen Verbrauchsgütern	802	32,2	4,8	3,1
Lebensmittelhandel	753	39,6	4,5	2,5
Hotel, Unterkünfte	534	64,2	3,2	1,3
Banken	495	41,2	3,0	1,6
Sonstige Dienstleistungen	451	64,7	2,7	1,1
Baunebengewerbe	435	20,3	2,6	2,4
Summe	11 348	38,4	67,8	38,7

Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin, Arbeitsmarktschönheit 21/85, S. 11, Tab. 3, und Robert W. Bednarzik & John E. Sabelhaus, Job Creation and Losses in the US, 1973-1984: Low or High Wage Industries, Paper prepared for the OECD Manpower and Social Affairs Committee, December 12-14, 1984.

Nun muß man sich davor hüten, einen derart ausgewiesenen Rückstand in dem Sinne zu werten, daß man die internationale Entwicklung als normatives Muster vorgibt und es zum Ziel der Wirtschaftspolitik macht, diesen Rückstand aufzuholen. Nach wie vor ist es eine Diskussion wert, ob man sich zum Beispiel die amerikanische Entwicklung als möglich oder wünschenswert für die Bundesrepublik Deutschland vorstellen kann.

Die Antwort hierauf ist nicht einfach zu geben. Zunächst ist festzuhalten, daß es sich bei den Vereinigten Staaten um einen sehr viel größeren Wirtschaftsraum handelt, der schon von dieser Seite her eine geringere Außenorientierung aufweist. Je höher die Binnenorientierung, desto größer aber auch der Dienstleistungssektor. Betrachtet man zum Beispiel den Urlaubsbereich, kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß ein Land wie die Vereinigten Staaten in sehr viel höherem Maße in der Lage ist, seinen Bürgern ein angemessenes Urlaubsangebot im Lande zu machen, als dies die Bundesrepublik Deutschland mit ihren klimatischen Bedingungen kann. Der Urlaub im Ausland spielt eben bei uns eine ganz andere Rolle, als dies in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Ähnliches gilt für die Rohstoffsituation der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind in sehr hohem Maße auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen. Die dafür erforderlichen Devisen müssen wir auf den Weltmärkten verdienen. Dies können wir mit Industrieprodukten besser als mit Dienstleistungen. Allerdings sollte man auch in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß der Wettbewerb auf dem Markt für Industrieprodukte, insbesondere klassische Industrieprodukte, sehr viel härter wird. Insofern ist die Betätigung auf den internationalen Dienstleistungsmärkten auch für die Bundesrepublik Deutschland eine interessante Option. Insgesamt wird man aber auch auf Dauer damit rechnen müssen, daß die Bundesrepublik Deutschland einen größeren industriellen Sektor hat, als dies in den Vereinigten Staaten der Fall ist.

Bewertet man also den sich statistisch ergebenden Rückstand, kommt man zu dem Schluß, daß nur ein Teil dieses Rückstandes ein Potential für zusätzliche Beschäftigung ausweist. Dies heißt nicht, daß das sich im internationalen Vergleich abzeichnende Beschäftigungspotential unerheblich wäre. Insbesondere der „Humanbereich“ im weitesten Sinne zeigt sich neben den produktionsorientierten Dienstleistungen als der Bereich, in dem auch in der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche Beschäftigung möglich sein müßte. Von der sozialen Wirklichkeit der hier zur Diskussion stehenden Aufgabenfelder her kann man ja wohl kaum argumentieren, daß zusätzliche Beschäftigung in diesen Bereichen nicht wünschenswert sei. Gerade im Vergleich mit den Vereinigten Staaten stellt sich doch die Frage, wie es

Tabelle 6: Struktur der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Großbritannien und Schweden (nach Tätigkeiten in vH der Beschäftigung)

	Anfang der 60er Jahre				Anfang der 70er Jahre				Anfang der 80er Jahre			
	D 1961	USA 1962	GB 1961	SW 1964	D 1970	USA 1972	GB 1971	SW 1973	D 1982	USA 1983	GB 1981	SW 1983
Landwirtschaft	13,6	7,5	3,5	12,4	7,7	4,4	2,7	7,1	5,1	3,5	1,7	5,4
Güterproduktion	47,6	33,2	46,2	40,8	49,0	31,5	43,3	36,1	43,6	26,8	35,2	29,0
Kommunale Dienste	11,8	11,9	14,6	9,2	12,4	12,1	14,2	10,5	15,0	11,6	14,5	11,7
Kommerzielle Dienste	9,3	11,1	10,3	10,9	11,0	12,9	12,1	14,8	12,8	16,7	16,8	17,4
Konsumenten-Dienste	11,1	21,6	16,1	1,7	12,1	21,5	15,8	1,1	12,4	22,4	16,8	0,1
Haushaltsdienste	1,3	4,0	1,6	13,7	0,0	2,1	1,0	12,6	0,3	1,2	0,0	10,9
„Human“-Dienste	5,4	10,7	7,8	11,2	7,4	15,6	10,9	17,8	10,7	17,8	15,0	25,5
Gesundheit	2,3	4,3	3,3	4,4	3,1	6,2	4,2	7,5	4,9	7,8	5,8	10,1
Soziale Dienste	1,1	1,0	0,7	2,6	1,2	1,3	0,9	4,6	1,3	2,2	2,2	7,8
Bildung	2,0	5,4	3,8	4,2	3,0	8,1	5,8	5,7	4,6	7,8	7,0	7,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Rein, M., Women in the Social Welfare Labor Market, Discussion Papers, Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/CMP 85-18, Berlin 1986, Tab. 4-7, S. 155-158.

Tabelle 7: Andere private Dienstleistungen: Marktanteile, Zuwachsraten (p.a.) und Einnahmen/Ausgaben-Verhältnis, wichtige Industrieländer, 1970 und 1980

Länder ¹⁾	Einnahmen			Ausgaben			Einnahmen /Ausgaben-Verhältnis	
	Marktanteil	Wachstum		Marktanteil	Wachstum			
	1970	1980	1970-80	1970	1980	1970-80	1970	1980
	- vH -							
USA	20,4	10,2	8,7	6,7	4,2	11,0	349,6	282,8
Großbritannien	14,2	12,5	15,0	7,9	5,8	12,8	206,5	251,2
Frankreich	8,9	13,1	21,1	9,6	11,3	18,1	105,9	136,1
BR Deutschland	8,4	14,5	23,0	18,8	19,5	16,7	51,3	86,9
Belgien/Luxemburg	5,8	8,1	20,4	5,9	7,5	19,1	112,5	125,7
Japan	3,9	5,0	19,4	10,2	11,4	17,5	43,2	50,7
Niederlande	5,7	5,7	16,5	6,1	6,0	16,1	108,7	111,7
Italien	9,3	7,3	13,7	8,9	8,0	15,0	119,0	106,8
andere Länder	23,4	23,6	16,6	25,9	26,3	16,4	103,1	105,1
Wirtsch. fortgeschrittene Länder, gesamt	100	100	16,5	100	100	16,2	114,4	116,9
	Rangziffern							
USA	1	4	8	6	8	8	1	1
Großbritannien	2	3	6	5	7	7	2	2
Frankreich	4	2	2	3	3	2	6	3
BR Deutschland	5	1	1	1	1	4	7	7
Belgien/Luxemburg	6	5	3	8	5	1	4	4
Japan	8	8	4	2	2	3	8	8
Niederlande	7	7	5	7	6	5	5	5
Italien	3	6	7	4	4	6	3	6

¹⁾ Geordnet nach der Höhe der Gesamteinnahmen aus Dienstleistungen, 1980.

Allgemeine Anmerkungen und Quellen: S. Fußnote 1 zum Kapitel 3.

Entnommen aus: Petersen, H. J., F. Franzmeyer, P. Hrubesch, S. Schultz, D. Schumacher und H. Wilkens, Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland – Entwicklung, Handel, Politik, in: DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 78/1984, S. 253.

um das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat gestellt ist, wenn inzwischen selbst in den Vereinigten Staaten relativ sehr viel mehr Menschen in den sozialen Aufgabenfeldern arbeiten, als dies in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist.

2. Kann die Entwicklung zum Dienstleistungssektor beschleunigt werden?

Eine Antwort auf die Frage, inwieweit der sich ergebende Rückstand im Strukturwandel zu den Dienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland aufgeholt werden kann, ist nicht einfach zu geben. Da Strukturwandel im Normalfall in einer Marktwirtschaft Angelegenheit der Unternehmer ist, ist zunächst abzuschätzen, inwieweit unternehmerische Aktivitäten dazu beitragen können, die beobachtete Lücke zu schließen. Erst dann ist zu fragen, inwieweit die Wirtschaftspolitik helfend eingreifen kann. Dies gilt insbesondere für jene Bereiche, in denen der Staat tätig ist und insofern die Entwicklung aktiv mitbestimmt.

⁷⁾ Neckermann, G., Nutzung externer Datenbanken durch Industrieunternehmen, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 46/85, S. 528 ff.

Es spricht vieles dafür, die hier gestellten Fragen für die produktionsorientierten Dienstleistungen und für die Dienstleistungen im „Humanbereich“ getrennt zu diskutieren.

Die Verantwortung für die Entwicklung produktionsorientierter Dienste liegt überwiegend bei den privaten Unternehmen. Schaubild 2 zeigt ebenso wie Tabelle 3, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Zunahme von Dienstleistungsfunktionen gegeben hat, die sich in der sektoralen Abgrenzung nur teilweise niederschlägt. Eine grobe Abschätzung ergibt, daß dessen ungeachtet nach wie vor ein erheblicher Rückstand vorhanden ist, der im übrigen auch an Beispielen festgemacht werden kann. So ist das Bereitstellen und Vermarkten von Informationen in der Bundesrepublik Deutschland zurückgeblieben⁷⁾. Dies zeigt sich im übrigen auch am Vordringen amerikanischer Unternehmen auf diesen Märkten. Auf dem Markt der Wirtschaftsinformationen haben amerikanische Anbieter heute eine dominierende Position. Ähnliche Beobachtungen kann man auch auf dem Felde des Consultings machen. Bei der Diskussion von Tabelle 7 wurde darauf verwiesen, daß derartige Dienstleistungen heute auch im internationalen Handel eine wesentliche Rolle spielen, insofern also auch gute Exportchancen bieten.

Zu den Schwierigkeiten der Entwicklung produktionsorientierter Dienste zählt der schon eben dargestellte Tatbestand, daß, soweit neue produktionsorientierte Dienstleistungen entstanden sind, dies in großem Umfang in den produzierenden Unternehmen mit einer Begrenzung auf die Aufgaben im eigenen Unternehmen geschehen ist. Ausgliederungen, wie sie insbesondere aus den Vereinigten Staaten berichtet werden, hat es bisher in der Bundesrepublik Deutschland relativ selten gegeben. Anstöße blieben aus, so daß sich ein leistungsfähiger und expandierender Dienstleistungsmarkt nicht entwickelt hat, auf den Unternehmen zurückgreifen könnten, wenn sie vor der Frage stehen, ob sie eine Dienstleistung selber produzieren oder am Markt beziehen. Solange freilich Unternehmer sich dann immer wieder – in einer gewissen „Do-it-yourself“-Mentalität verhaftet – für die Eigenproduktion entscheiden, ist es auch für junge Unternehmer nicht attraktiv, sich auf einen derartigen Markt zu begeben. Solange die einen über das mangelnde Angebot und die anderen über die mangelnde Nachfrage klagen, sind zwar theoretisch alle Voraussetzungen für die Entwicklung eines Marktes gegeben, praktisch kann der Weg dorthin sehr lang sein. Damit wird zugleich auf die Vorteile der Spezialisierung verzichtet. Bei der Komplexität moderner produktionsorientierter Dienstleistungen ist ein höheres Maß an Arbeitsteilung zugleich ein Beitrag zur Erhöhung der Effizienz auf diesem Gebiet.

Die hier liegenden Probleme sind nicht ausreichend untersucht, als daß man sich schon ein abschließendes Urteil bilden könnte. Es spricht einiges für die Vermutung, daß die Bedeutung produktionsorientierter Dienstleistungen auch für die weitere Entwicklung des industriellen Sektors bei einem Teil der deutschen Unternehmer noch nicht erkannt worden ist. Wahrscheinlich ist auch noch nicht klar geworden, daß es sich hierbei um Dienstleistungen handelt, die in der benötigten Qualität kostengünstig nur arbeitsteilig erstellt werden können, so daß der Zugriff auf einen eigenständigen Dienstleistungsmarkt auf mittlere Sicht auch eine Kostenfrage ist. Gerade bei einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, das so stark darauf angewiesen ist, sich auf den Weltmärkten zu behaupten, wird ein Lernprozeß nicht ausbleiben, der den deutschen Unternehmen die Notwendigkeit einer Entwicklung eines derartigen Marktes deutlich macht. Insofern ist es wohl eher eine Frage der Zeit, die ins Land geht, bis auch die Bundesrepublik Deutschland auf diesen Märkten auftritt.

Positiv dürften sich an dieser Stelle auch die zunehmenden Beschäftigungsschwierigkeiten junger Akademiker auswirken, für die der Weg in die Selbständigkeit oft eine der wenigen Perspektiven darstellt. Soweit ihre Ausbildung sie mit den neuesten Ansätzen vertraut gemacht hat, sind sie auch in der Lage, ein innovatives Dienstleistungsangebot zu erbringen, mit dem sie sich einen Markt erschließen. Es wäre sicher ein Fehler, die hier liegenden Entwicklungschancen zu unterschätzen, auch wenn individuell viele der Träume von neuer Selbständigkeit nicht in Erfüllung gehen werden.

Über die Möglichkeiten des Staates, durch Industriepolitik fördernd einzugreifen, wird kontrovers diskutiert. Es

spricht vieles für die These, daß auch unter Ansehung der mit derartigen Maßnahmen verbundenen Risiken gewisse Förderungsmaßnahmen des Staates zur Erschließung neuer Wachstumsfelder beitragen können. Vor dem Hintergrund der hier angestellten Überlegungen stellt sich die Frage, ob nicht viele Förderungsmaßnahmen zu einseitig auf bestimmte Felder der Hochtechnologie abgestellt sind. Auch die Entwicklung eines leistungsfähigen Dienstleistungssektors, zum Beispiel auf dem Informationsgebiet, stellt eine wichtige Aufgabe dar, die schon von der Personalintensität der Produktion her nicht unerhebliche Startprobleme mit sich bringt. Die Förderung von Existenzgründungen auf diesem Gebiet ist mindestens so wichtig wie die im Bereich der Hochtechnologie.

Der Informationssektor ist zugleich die Stelle, an der der Staat auch heute unmittelbar tätig wird und durch sein Verhalten die Entwicklung beeinflusst. So ist die Entwicklung eines leistungsfähigen Informationssektors davon abhängig, inwieweit und zu welchen Bedingungen eine Kommunikationsinfrastruktur bereitgestellt wird. Post- und Fernmeldemonopol bereiten hier nach wie vor Probleme⁸⁾. Dabei ist die Zulassungspolitik in technischer Hinsicht inzwischen liberaler geworden. Die wirtschaftlichen Bedingungen stellen aber nach wie vor eine Behinderung der Entwicklung dar. Neue Angebote in diesem Bereich würden auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung produktionsorientierter Dienstleistungen darstellen.

Zusammenfassend sprechen gute Gründe dafür, davon auszugehen, daß sich die Entwicklung produktionsorientierter Dienstleistungen in den nächsten Jahren beschleunigen wird, selbst wenn die ökonomische Verbesserung der Kommunikationsinfrastruktur nicht in dem erforderlichen Umfang zustande kommt. Die hier vorgetragenen Überlegungen sind optimistischer als die der neuen Prognos-Studie über die Zukunft der Arbeitslandschaft. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die „gegebenen strukturellen Bedingungen des Unternehmensumfelds“ (*Prognos-AG* 1985, Seite 54) in stärkerem Maße veränderbar sind, als dort unterstellt wird⁹⁾. Sicher ist es richtig, daß sich viele Förderungsmaßnahmen und die Finanzierungspraxis des Kreditgewerbes überwiegend an Hochtechnologien orientieren. Auf der anderen Seite hat die Entwicklung des Risikokapitalgedankens in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland derartige Fortschritte gemacht, daß man nicht ausschließen sollte, daß in Zukunft auch für die Finanzierung neuer produktionsorientierter Dienstleistungen Risikokapital verfügbar ist. Und schließlich sollte man den Druck des Akademikerarbeitsmarktes nicht unterschätzen.

Sehr viel schwieriger sind die Beschäftigungsperspektiven im „Humanbereich“ im weitesten Sinne zu bestimmen. Hierzu gehören die Felder Kultur, Bildung, Weiterbildung, Gesundheit, Pflege, soziale Dienste. Hier sind die Angebots- und Beschäftigungsbedingungen weitgehend durch staatliche Aktivitäten geprägt. Traditionell werden große Teile der Angebote in diesen Feldern in der Bundesrepublik Deutschland vom Staat erbracht. Eine weitere Entwicklung wird hier in mehrfacher Hinsicht durch die Rahmenbedingungen staatlichen Handelns behindert.

Der einfache Weg einer Expansion der Beschäftigung im „Humanbereich“ durch Expansion des Staatssektors dürfte in der Bundesrepublik Deutschland nicht begehbar sein. Sicher ist es richtig, daß es kein Naturgesetz gibt, das die Größe des Staatssektors fest schreibt. Sicher ist es auch richtig, daß die Grenzen des Staatssektors schon zu Zeiten

⁸⁾ Monopolkommission, Die Rolle der Deutschen Bundespost im Fernmeldewesen, Sondergutachten der Monopolkommission, Band 9, Baden-Baden 1981; Müller, J., Möglichkeiten für Entregulierung im Telekommunikationsbereich, in: Beihefte der Konjunkturpolitik, Deregulierung als ordnungs- und prozesspolitische Aufgabe, Heft 32, Berlin 1986, S. 133 ff.

⁹⁾ v. Rothkirch, C., L. Weidig, u. a. (PROGNOS AG), Die Zukunft der Arbeitslandschaft, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 94, Nürnberg 1985.

diskutiert wurden, als dieser unter heutigen Kriterien sehr klein war. Genauso richtig ist es aber auch, daß eine weitere Ausweitung des Staates der Zustimmung der Bürger bedarf. Diese ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht und auch wenig wahrscheinlich, solange die Tätigkeit im öffentlichen Sektor mit vielfältigen Privilegien verbunden ist. Die Aufgabe besteht also darin, einen Dienstleistungssektor im „Humanbereich“ zu entwickeln, ohne den Staatsanteil zu vergrößern.

Eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, bestünde in der Entwicklung privater Dienstleistungen im „Humanbereich“. Derartige Vorschläge werden heute leider – wenn auch unzutreffenderweise – in die Privatisierungsdebatte einbezogen. Während es bei der Privatisierung darum geht, staatliche Angebote in private zu überführen, also den Staatsanteil zu reduzieren, besteht die hier zur Diskussion gestellte Aufgabe darin, neue Dienstleistungen im „Humanbereich“ zu entwickeln, ohne den Staatsanteil zu vergrößern. Dabei ist ein Abbau staatlicher Leistungen nicht vorgesehen. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit in diesem Zusammenhang nicht generell die Abgrenzung privater und staatlicher Tätigkeiten überdacht werden sollte. Schließlich gibt es Tätigkeiten, bei denen private Angebote in höherem Maße problematisch sind als bei anderen. Die Vermengung der Diskussion um die Erschließung neuer privater Dienstleistungsfelder mit der Privatisierungsdiskussion hat dazu geführt, daß die Bereitschaft, zusätzliche private Dienstleistungsangebote im „Humanbereich“ zu akzeptieren, nicht sehr hoch ist.

Mögliche Expansionen des Dienstleistungssektors hängen auch davon ab, in welchem Umfang qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Bildungsexpansion der siebziger Jahre hat dazu geführt, daß dies in hohem Maße der Fall ist. Insofern haben sich auch die Knappheitsrelationen wesentlich verändert. In vielen Feldern sind Hochschulabsolventen nicht mehr so knapp, wie dies vor Beginn der Bildungsexpansion, die in der Bundesrepublik Deutschland überdies verspätet einsetzte, der Fall war. Damit stellt sich auch die Frage, inwieweit Konsequenzen auf der Einkommensseite gezogen werden sollten. So ist es gerade in der Phase der Bildungsexpansion zunächst einmal zu Einkommenserhöhungen verschiedener Art gekommen, die im wesentlichen auf die damals vorherrschende Knappheitssituation zurückzuführen waren. Wollte der öffentliche Dienst konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft bleiben, waren bestimmte Einkommensanhebungen unvermeidbar. Diese Begründung für hohe Akademikereinkommen im öffentlichen Bereich ist heute entfallen. Dazu kommt, daß die „Akademisierung“ auch mittlere Funktionen erfaßt hat. Dies ist auch notwendig, da inzwischen etwa jeder fünfte Berufsanfänger einen Hochschulabschluß mitbringt. Auch die neu zu erschließenden Aufgaben für Hochschulabsolventen dürften eher hier einzuordnen sein. Selbst wenn man sich nicht einfach an den Einkommensrelationen orientieren will, die sich aus den Knappheitsverhältnissen ergeben, gibt es gute Gründe, die Einkommensstruktur bei den Hochschulabsolventen zu verändern. Dabei geht es nicht darum, Eingangsstufen vorübergehend abzusenken, was bei lebenslang Beschäftigten ohnehin kaum finanzielle Entlastung schafft, sondern mittlere Positionen zu schaffen, deren Ein-

kommen auf Dauer unter den heutigen Akademikereinkommen liegen. Selbstverständlich muß es auch dann Aufstiegsmöglichkeiten geben, diese sollten sich jedoch an der Leistung im Beruf und nicht an Ausbildungsabschlüssen orientieren.

An dieser Stelle liegt die dritte Schwierigkeit für die Expansion des Dienstleistungssektors in „Humanbereichen“¹⁰⁾. Im öffentlichen Sektor ist es bestenfalls zu vorübergehenden Absenkungen der Eingangsstufe für Berufsanfänger gekommen. Darüber hinaus sind die Einkommensstrukturen im wesentlichen unverändert geblieben, eine Situation, die sich nur als Festhalten an inzwischen überholten Einkommensprivilegien interpretieren läßt. Dabei muß man nicht darüber streiten, ob die Situation vor der Phase der Bildungsexpansion mit dem Wort „Einkommensprivilegien“ zutreffend gekennzeichnet ist. Die heutigen Einkommensstrukturen sind angesichts der veränderten Verhältnisse so zu bezeichnen.

Durch das Festhalten an überholten Einkommensprivilegien im öffentlichen Bereich wurde nun nicht nur das Beschäftigungsproblem im öffentlichen „Humanbereich“ verstärkt, es entstand auch ein erhebliches Problem der Verteilungsgerechtigkeit. Dem Facharbeiter in der Industrie, der im Laufe der Expansion des Staatsanteils in zunehmendem Maße für die Finanzierung des Staates in Anspruch genommen wurde, war schwer zu verdeutlichen, daß er mit seinen Steuern Einkommen finanzieren sollte, die sehr deutlich über seinem lagen. Schließlich hatte auch er eine qualifizierte Ausbildung durchlaufen. Die Sicherheit seines Arbeitsplatzes war ohnehin geringer als die im öffentlichen Bereich. Es war leicht vorzustellen, daß man die privilegierten Akademikergehälter, die früher 7 Prozent eines Altersjahrgangs zukamen, in Zukunft nicht an 20 Prozent geben konnte, ohne die Ungleichheit in der Gesellschaft erheblich zu vergrößern.

Wenn man über die Akademikereinkommen im öffentlichen Bereich diskutiert, muß man freilich vor zwei Mißverständnissen warnen. Einmal wird hier nicht über alle Einkommen im öffentlichen Dienst gesprochen. Es gibt auch im öffentlichen Dienst Einkommensgruppen, bei denen Reduzierungen weder sinnvoll noch möglich sind. In unserem Zusammenhang wird nur über die Beseitigung überholter Einkommensprivilegien für die Akademiker gesprochen. Zum anderen ist darauf zu verweisen, daß dies keine Spielart der These ist, daß das Lohnniveau allgemein zu hoch ist. Das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau hat gleichermaßen Kosten- wie Nachfrageaspekte, so daß man von einer Senkung des Lohnniveaus ohne Kompensation auf der Nachfrageseite kaum positive Beschäftigungseffekte erwarten kann. Aber dieses Thema steht hier nicht zur Diskussion. Es geht darum, einige Einkommen zu senken, die nicht mehr den heutigen ökonomischen Gegebenheiten entsprechen. Von der üblichen Lohnstrukturdiskussion unterscheidet sich diese Diskussion dadurch, daß hier über die Frage der Angemessenheit sehr hoher Einkommen diskutiert wird, während die traditionelle Lohnstrukturdiskussion darüber nachdenkt, ob nicht gerade die niedrigen Einkommen noch zu hoch sind.

Die drei aufgeworfenen Fragen

- Größe des Staatsanteils,
- Abgrenzung privater und öffentlicher Dienstleistungen,
- Einkommenssituation der im öffentlichen Bereich tätigen Akademiker,

sind miteinander verbunden. Solange die Einkommensfragen nicht geklärt sind, ist eine Vergrößerung des Staatsan-

¹⁰⁾ Vgl. hierzu schon als frühen Hinweis Grottian, P., Hochschulabsolventen, qualifizierter Schrott? Ein Problemlösungsmodell zur Beseitigung zukünftiger Akademiker-Arbeitslosigkeit. Element in einer veränderten studentischen Strategie? in: Zinn, K. G. (Hrsg.), Strategien gegen die Arbeitslosigkeit, Frankfurt 1977, S. 108 ff.

teils kaum zu erwarten. Werden die Akademikereinkommen den Einkommen anderer qualifiziert Ausgebildeter angeglichen, ist eine Expansion der Dienstleistungen im „Humanbereich“ auch mit geringerer Vergrößerung des Staatsanteils möglich. Eine zusätzliche Entwicklung privater Dienstleistungen im „Humanbereich“ schafft auf beiden anderen Gebieten Entlastung.

Die in der Bundesrepublik Deutschland existierende Pattsituation, die dadurch gekennzeichnet ist, daß es auf jedem der drei Problemfelder kaum Bewegung gibt, führt viele Beobachter zu einer sehr skeptischen Einschätzung der Möglichkeiten zusätzlicher Dienstleistungen im „Humanbereich“. Die Prognos-Studie ist hierdurch geprägt, auch *Scharpf* gehört zu den Verfechtern dieser These¹¹⁾. Es ist eine Frage an den politischen Prozeß, ob wirklich damit zu rechnen ist, daß sich eine junge Generation mit einer Situation abfindet, in der ihr die Lebenschancen verweigert werden, nur weil die Verfechter alter Privilegien nicht bereit sind, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft zu leisten.

Es sprechen einige Überlegungen dafür, daß Änderungen – wenn auch vielleicht bescheidener Art – möglich sind, Änderungen, die in jedem Falle politisch angestrebt werden sollten. Im folgenden sollen einige der Argumente vorgetragen werden, die dafür sprechen, daß doch eine kräftigere Expansion vorstellbar ist.

Versucht man, die Chancen einer Öffnung der Politik bei den drei genannten Problemen abzuschätzen, dürften die größten Schwierigkeiten bei einer Vergrößerung des Staatsanteils bestehen. Dieser ist schon heute in der Bundesrepublik Deutschland relativ groß, wobei häufig übersehen wird, daß es nicht die Ausgaben für die Staatsfunktionen im klassischen Sinne sind, die zu einer so großen Staatsquote geführt haben, sondern die Leistungen, die im Sozialbereich erfolgen¹²⁾. Vergleicht man zum Beispiel die Ausgaben für klassische Staatsfunktionen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, ergibt sich kein wesentlicher Unterschied¹³⁾. Es sind die unterschiedlichen Sozialleistungen, die ins Gewicht fallen. Theoretisch bestünde also durchaus eine Perspektive darin, das Transfervolumen zugunsten eines staatlichen Dienstleistungsangebots zu vermindern. Soziale Dienstleistungen würden dann weniger über den Markt und mehr über den Staat angeboten. Man wird sich aber darüber streiten können, ob dies wirklich eine Verbesserung der Situation darstellt. Mit den monetären Transfers des heutigen sozialen Sicherungssystems ist eine gewisse Entscheidungsfreiheit für das Individuum verbunden, die mit einer Umdisposition zugunsten zusätzlicher staatlicher Dienstleistungen verlorengehen. Eine derartige Lösung würde über die Kritik an den Schwächen großer Bürokratien hinweggehen, obwohl diese Kritik gerade im Bereich des Angebots

sozialer Dienstleistungen durch große Organisationen ihren Ursprung hat.

Dazu kommt, daß das soziale Sicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der demographischen Entwicklung in der Zukunft starken finanziellen Belastungen ausgesetzt sein wird. Eine Anpassung sozialer Leistungen – und hierunter ist im Klartext eine Reduzierung zu verstehen – wird ohnehin nicht vermieden werden können. Eine darüber hinausgehende Reduzierung des Leistungsangebots mit dem Ziel, zusätzliche soziale Dienstleistungen aufzubauen, dürfte daher kaum akzeptiert werden.

Im übrigen werden auch die Verteilungseffekte eines Ausbaus staatlicher Dienste diesem entgegenstehen, solange die Einkommensprobleme im öffentlichen Dienst nicht gelöst sind. Insgesamt wird man sich also darauf einstellen müssen, daß eine ins Gewicht fallende Vergrößerung des Staatsanteils zugunsten der Expansion des Dienstleistungssektors nicht zu erwarten ist.

Wie steht es nun um die Chancen, ein nennenswertes privates Dienstleistungsangebot zu schaffen? Hier ist zunächst darauf zu verweisen, daß schon in der Vergangenheit neben rein staatlichen und rein privaten Angeboten solche in gemeinwirtschaftlichen Bereichen standen. Seit langem wird in der Bundesrepublik Deutschland ein beträchtlicher Teil der Dienstleistungen im „Humanbereich“ durch Wohlfahrtseinrichtungen erbracht, die sich nicht am Gewinnprinzip orientieren. Als Beispiel sei auf die kirchlichen Institutionen verwiesen. Zur Zeit liegt das Problem darin, daß sich viele dieser Institutionen in ihrem Gebaren an den Gepflogenheiten des öffentlichen Dienstes orientieren. Es ist keineswegs sicher, daß dieses für Neugründungen, aber auch für die bestehenden Institutionen, soweit sie neue Aufgaben übernehmen, gelten muß.

Daneben sollte man ein Phänomen nicht übersehen, das auch bei der Diskussion produktionsorientierter Dienstleistungen eine Rolle gespielt hat. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht gerade im Bereich von Qualifikationen im „Humanbereich“ ein erheblicher Angebotsdruck. Im letzten Jahrzehnt haben viele Menschen berufliche Qualifikationen erworben, die in diesen Bereichen liegen. Die Einstellungspolitik des Staates eröffnet ihnen keine beruflichen Chancen in ihrem Ausbildungsbereich. Der Weg in die Selbständigkeit oder in selbstverwaltete Angebotsformen ist oft der einzige Ausweg. Ein wesentlicher Teil des sogenannten alternativen Sektors ist diesem Tatbestand zuzuordnen¹⁴⁾. Sozialverwaltungen haben relativ schnell erkannt, daß hier ein Angebot erbracht wird, das nicht nur preisgünstiger als das der großen Organisationen ist, sondern das sich bei Vergrößerung des Personaleinsatzes in sehr viel höherem Maße den individuellen Bedürfnissen der zu betreuenden Menschen zuwendet. Daß die Arbeitsbedingungen bei derartigen Organisationsformen nicht den klassischen entsprechen, bedarf kaum besonderer Erwähnung. Das Schlagwort von der Selbstausbeutung beleuchtet die Situation in zutreffender Weise. Es wäre nun sicher falsch, das Entstehen derartiger Organisationsformen mit den gängigen Argumenten gegen private Tätigkeiten im „Humanbereich“ abzutun. Eine Wiederbelebung genossenschaftlicher Gedanken, verbunden mit der Idee selbstverwalteter wirtschaftlicher Betätigung, stellt eine Alternative zwischen Staat und Privatwirtschaft dar, die gerade im „Humanbereich“ von großer Bedeutung sein kann. Man wird daher damit rechnen können, daß der Arbeitsmarktdruck der qualifiziert Ausgebildeten in diesen Bereichen den Ausbau derartiger Organisa-

¹¹⁾ Scharpf, F. W., Strukturen der postindustriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informations-ökonomie? in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 11. Jg., 1985, Heft 1.

¹²⁾ Krupp, H.-J., Möglichkeiten und Grenzen der Staatstätigkeit, in: Bomhack, G., B. Gahlen, A. E. Ott, (Hrsg.), *Möglichkeiten und Grenzen der Staatstätigkeit*, Tübingen 1982.

¹³⁾ Seidel, B., Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich, in: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 3 und 6/82, S. 41 ff.

¹⁴⁾ Einen kurzen Überblick über Größe und Bedeutung des alternativen Sektors gibt: Kück, M., *Neue Finanzierungsstrategien für selbstverwaltete Betriebe*, Frankfurt/New York 1985, S. 19 ff.

Vgl. auch die Beiträge von Kruppa, A., *Neue Arbeits- und Wirtschaftsformen*, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *DIW-Symposium – Strategien für mehr Arbeitsplätze in Berlin*, Berlin 1984, 139 ff.; Bolle, M., *Neue staatliche Initiativen*, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), a.a.O., S. 156 ff.

tionsformen vorantreibt. Hier entsteht eine Alternative zwischen Privat und Staat, die eine sozial verantwortbare Expansion des Dienstleistungsangebots im „Humanbereich“ zuläßt.

Man muß sich allerdings auch davor hüten, jede gewinnorientierte, rein privatwirtschaftliche Tätigkeit im „Humanbereich“ von vornherein für falsch zu halten. Im Ausbildungssektor haben private Anbieter sehr viel flexibler auf Ausbildungsanforderungen reagiert, als dies staatliche Anbieter taten. Es gibt heute eine ganze Anzahl anderer Beispiele, wo ein privates Dienstleistungsangebot auch zu hohen Gebühren akzeptiert wird, weil es einfach von der Qualität her dem staatlichen überlegen ist. Beispiele hierfür sind private Schwimmbäder, die zu relativ hohen Eintrittsgebühren ein abgerundetes Dienstleistungsangebot erbringen, das offensichtlich dem Angebot öffentlicher Schwimmbäder überlegen ist und das trotz der hohen Preise in erheblichem Umfang in Anspruch genommen wird. Ähnliche Beispiele gibt es im Ausbildungsbereich zur Vorbereitung auf bestimmte neuartige Fachkenntnisse oder künstlerische Betätigung. Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß der Staat im „Humanbereich“ in der Regel ohnehin regulierend eingreift und insofern dafür Sorge tragen kann, daß ein privates Dienstleistungsangebot bestimmten Standards entspricht.

Vor dem Hintergrund all dieser Überlegungen erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß sich ein gemeinwirtschaftliches und privates Angebot auf den Märkten im „Humanbereich“ entwickelt, das eine Ausweitung des Dienstleistungssektors zur Folge hat. Dies hätte nichts mit der heute so viel diskutierten Privatisierung zu tun. Es geht nicht darum, staatliches Angebot zugunsten privaten Angebots abzubauen. Es geht vielmehr darum, zusätzlich privates Angebot zuzulassen, weil die Expansionsmöglichkeiten beim Staat begrenzt sind.

Am Rande sei darauf verwiesen, daß an dieser Stelle für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Möglichkeit besteht, den Druck, der von der öffentlichen Diskussion über die Höhe der Akademikergehälter im öffentlichen Bereich ausgeht, zu vermindern. Man wird sicher sehr viel leichter die Gehälter in diesem Bereich verteidigen können, wenn man eine Expansionsmöglichkeit für Dienstleistungen im „Humanbereich“ zuläßt.

Damit sind wir bei der Einkommensfrage im öffentlichen Bereich angelangt. Möglichkeiten und Grenzen einer Politik, die auf den Abbau der Einkommensprivilegien von Akademikern im öffentlichen Dienst setzt, werden deutlich, wenn man sich eine quantitative Vorstellung der hier liegenden Probleme macht. Das Ausmaß des Gesamtproblems wird deutlich, wenn man sich in einer fiktiven Rechnung vorstellt, daß der Abstand des Gehalts zwischen Facharbeitern und Hochschulabsolventen vermindert werden könnte. Nach Tessaring¹⁵⁾ erhielten 1982 Männer mit dem Ausbildungsabschluß wissenschaftlicher Hochschulen das 1,82fache des Durchschnittseinkommens, das Männer mit dem Ausbildungsabschluß Lehre, Berufsfachschule erzielten (3412DM zu 1872DM). Dieser Faktor vermindert sich geringfügig auf 1,77, wenn man Männer und Frauen gemeinsam betrachtet (2962DM zu 1667DM). Stellt man

sich nun auf den Standpunkt, daß der Abstand zwischen Facharbeitergehalt und Hochschulabsolventengehalt vermindert werden sollte, kann man fragen, wieviel zusätzliche Beschäftigung alleine beim Staat möglich wäre, wenn es zu einer Einebnung der Einkommensdifferenzen käme. Wenn im folgenden mit den Durchschnittseinkommen der Hochschulabsolventen auf der einen Seite und der Facharbeiter auf der anderen Seite argumentiert wird, heißt das nicht, daß damit alle Einkommensdifferenzen in diesen Bereichen eingeebnet werden sollten. Es geht vielmehr um die Frage, ob das durchschnittliche Niveau dieser beiden Bereiche angenähert werden kann. Dies schließt eine Strukturanpassung aufgrund der sich ändernden Aufgaben von Hochschulabsolventen nicht aus.

Das Einsparpotential besteht aus der Zahl der bisher Bediensteten, multipliziert mit der Differenz zwischen neuem, abgesenktem und altem Einkommen. Die Zahl der zusätzlichen Beschäftigten ergibt sich aus dem Einsparpotential, dividiert durch das neue Einkommen. Vermindert man das Vielfache, das Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen im Vergleich zu Absolventen einer Berufsausbildung auf das 1,5fache, dies entspräche in Zahlen des Jahres 1982 im Durchschnitt von Männern und Frauen einem Facharbeitereinkommen von 1667 DM und einem Hochschulabsolventeneinkommen von 2500 DM, ergibt sich nach der obengenannten einfachen Beziehung, daß die Beschäftigung von Hochschulabsolventen um 18,5 Prozent aufgestockt werden könnte. Vermindert man das Vielfache auf das 1,2fache, d. h. einem Facharbeitereinkommen von 1667 DM stände einem Hochschulabsolventeneinkommen von 2000 DM gegenüber, kann die Beschäftigung von Hochschulabsolventen um 48 Prozent vergrößert werden. Diese Rechnung bezieht sich auf die Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen. Sie könnte in analoger Weise für die Absolventen von Fachhochschulen durchgeführt werden.

Hegelheimer¹⁶⁾ schätzt die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen, die beim Staat tätig sind, für das Jahr 1980 auf 770 100 Personen. In der Abgrenzung von Tessaring¹⁷⁾ (für das Jahr 1982) ergibt sich eine deutlich höhere Zahl, die freilich darin begründet ist, daß Tessaring sich nicht im engen Sinne auf den öffentlichen Bereich beschränkt, sondern auch den „halböffentlichen“ Dienst, zum Beispiel Kirchen und andere Organisationen ohne Erwerbscharakter einbezieht, die sich am öffentlichen Dienst orientieren. Er kommt zu dem Ergebnis, daß 1982 1 078 900 Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und 276 400 Absolventen von Fachhochschulen sich in einer Tätigkeit befanden, die sich am öffentlichen Dienst orientiert.

Geht man von den Hegelheimer Zahlen aus, bedeutet eine Reduzierung des Einkommensvielfachen auf das 1,2fache die Möglichkeit von zusätzlicher Beschäftigung von 370 400 Personen, eine Reduzierung auf das 1,5fache von 142 300 Personen.

Legt man die Beschäftigungszahlen Tessarings zugrunde für alle, die im öffentlichen Dienst sind oder sich an diesem orientieren, sind die entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich größer. Bei einer Reduzierung des Vielfachen auf das 1,5fache ist eine zusätzliche Beschäftigung von 250 730 Personen möglich. Bei einer Reduzierung auf das 1,2fache ist eine Ausweitung der Beschäftigung um 651 800 Personen denkbar.

Zum Vergleich seien die Arbeitslosenzahlen genannt. 1982 gab es 82 702 arbeitslose Hochschulabsolventen, 1984 waren

¹⁵⁾ Tessaring, M., Qualifikation und Einkommen, MatAB 7/1984.

¹⁶⁾ Hegelheimer, A., Strukturwandel der Akademikerbeschäftigung, Bielefeld 1984, Tab. 3, S. 8.

¹⁷⁾ Tessaring, M., Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt, MatAB 9/1984.

es 114610¹⁸), 1985 hat sich diese Zahl nach vorläufigen Informationen nur unwesentlich vergrößert.

Geht man davon aus, daß die Situation im öffentlichen Dienst gerade im Akademikerbereich auch das Einkommensniveau im privaten Sektor mit beeinflußt, immerhin arbeitet jeder zweite Hochschulabsolvent beim Staat, könnten die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte noch größer sein, da eine Verminderung der Akademikergehälter im privaten Bereich auch zu höherer Beschäftigung beitragen könnte. Allerdings könnte man hier kaum mit dem ganzen Effekt rechnen, da es schon heute im privaten Bereich eine erhebliche Akademikerbeschäftigung zu Einkommen gibt, die unter denen des öffentlichen Sektors liegen.

Die hier vorgelegte fiktive Rechnung macht zwar die Größenordnung des Problems deutlich, eine Handlungsanweisung für die Politik kann sie nicht darstellen. Nicht nur, aber auch im öffentlichen Bereich sind Besitzstände schwer zu beseitigen. Ins Gewicht fallende Einkommensreduzierungen sind weder durchzusetzen noch sozial vertretbar. Auch der Arbeitgeber Staat hat zu beachten, daß seine langjährigen Mitarbeiter ihre Lebensplanung auf Einkommenserwartungen aufgebaut haben, die er nicht mit einem Federstrich korrigieren darf.

Allerdings ist zu diskutieren, inwieweit hierdurch auch ein Anspruch auf jährliche Einkommenszuwächse abgedeckt ist und inwieweit ein Anspruch derjenigen, die neu in das Beschäftigungssystem des Staates eintreten, besteht, zu den bisherigen Gehältern beschäftigt zu werden.

Das Dienstrecht im öffentlichen Bereich kennt zwei Arten der jährlichen Einkommenszunahmen. Auf der einen Seite gibt es Dienstalterszulagen, die zu einem beachtlichen und regelmäßigen Einkommensanstieg führen. Zum anderen gibt es jährliche Anhebungen des Einkommensniveaus, die sich auch für die Beamten in der Regel an den Abschlüssen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes orientieren. Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß es zumindest in der Vergangenheit eine dritte Form der Einkommenssteigerung gab, nämlich die mehr oder weniger regelmäßig anfallende Beförderung. In den letzten Jahren ist die Bedeutung dieser „Strukturverbesserung“ zurückgegangen. Ob dies auf Dauer so bleiben wird, ist abzuwarten.

Im Akademikerbereich sollte darüber diskutiert werden, ob beide Formen der regelmäßigen Zunahme der Einkommen in vollem Umfang aufrechterhalten werden können. So wäre durchaus vorstellbar, für eine gewisse Zeit die Anhebung des Einkommensniveaus im Akademikerbereich auf einen Inflationsausgleich zu begrenzen und im übrigen auf die Dienstalterszulagen zu verweisen. Die niedrigen Wachstumsraten der letzten Jahre haben ohnehin nicht einmal dies sichergestellt. Eine Fortsetzung, die dem langsamen Abbau von Einkommensprivilegien diene, könnte durchaus für einige Jahre vertretbar sein. Eine derartige Politik würde unter den

Bedingungen des Jahres 1986 zum Beispiel sogar zu einer realen Erhöhung der Einkommen führen, so daß auch die Frage nicht ausgeschlossen werden sollte, den Einkommensanstieg insgesamt so zu begrenzen, daß eine Realeinkommenskonstanz erreicht wird. In Zeiten niedriger Inflationsraten, wie sie zur Zeit gegeben sind, würde hierfür das Fortbestehen der Dienstalterszulagen ausreichen. Ein gesonderter Inflationsausgleich wäre nicht nötig.

Was die Berufsanfänger im öffentlichen Dienst anbetrifft, führt nichts an der bitteren Wahrheit vorbei, daß es schon immer Kohortenschicksale gegeben hat. Menschen, die in Zeiten schwieriger Arbeitsmarktsituation auf den Arbeitsmarkt kamen, sind ihr Leben lang benachteiligt worden, Menschen, die das Glück hatten, in Zeiten großer Nachfrage nach Arbeitsplätzen ihre Berufstätigkeit zu beginnen, sind ihr Leben lang begünstigt worden¹⁹). Sich dieser bitteren Wahrheit zu verschließen, heißt nichts anderes, als einem Teil der Berufsanfänger jede Chance zu nehmen, im erlernten Beruf zu arbeiten. Eine Lösung, die nicht minder ungerecht ist, insbesondere auch denjenigen gegenüber, die dann durch Akademiker, die in den von ihnen erlernten Berufen nicht tätig werden können, verdrängt werden. Angesichts der knapper werdenden Arbeitsplätze im industriellen Sektor macht es keinen Sinn, ausgerechnet diejenigen, die im Kern eine Ausbildung haben, die für den Dienstleistungssektor verwendbar ist, wieder in den industriellen Sektor zurückzudrängen, wo sie dank ihrer allgemeineren Ausbildung dann häufig auch noch die besseren Chancen haben.

Stellt man Berufsanfänger mit einem niedrigen Einkommen ein, ist eine dauerhafte Entlastung des Arbeitsmarkts freilich nur dann zu erreichen, wenn es sich hierbei nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Angesichts der hohen Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst muß jeder Finanzminister damit rechnen, daß ein von ihm eingestellter Hochschulabsolvent lebenslang beschäftigt werden will. Selbst eine deutliche Absenkung des Einkommens in den ersten vier Jahren eröffnet dann noch keine Möglichkeit für eine Beschäftigungsausweitung. Soll die Absenkung der Eingangsstufen beschäftigungswirksam werden, darf sie also nicht auf die Eingangsstufen beschränkt bleiben.

Versucht man, die Effekte einer derartigen Politik quantitativ abzuschätzen, ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten. Leider gibt es für den öffentlichen Bereich keine vernünftige Einkommensstatistik. Man ist insofern auf sehr grobe Schätzungen angewiesen. Geht man einmal von der Zahl derjenigen erwerbstätigen Hochschulabsolventen aus, die nach Tessaring überwiegend dem öffentlichen Dienst zuzuordnen sind, und unterstellt, daß sie das durchschnittliche Einkommen der Hochschulabsolventen erhalten, hat man eine Basis, um die Auswirkungen eines verminderten Einkommensanstiegs zu berechnen. Leider ist von Tessaring nicht das arithmetische Mittel, sondern der Median als Indikator des Durchschnittseinkommens veröffentlicht worden. Dieser liegt aber erfahrungsgemäß um etwa 10 Prozent unter dem arithmetischen Mittel. Bei der Berechnung des Einkommensaggregats in Tabelle 8 wurde eine entsprechende Korrektur vorgenommen. Außerdem wurden dreizehn Monatsgehälter unterstellt. Tabelle 8 zeigt, daß man dann die Einkommen, die Hochschulabsolventen erhalten, die dem öffentlichen Dienst zuzuordnen sind, für 1982 auf etwa 57 Milliarden DM schätzen kann. Eine grobe Überprüfung mit dem Einkommensmodell des DIW führt zu einem etwas höheren Ergebnis. Freilich ist auch diese Überprüfung nur sehr grob, da das Modell auf Haushalte und nicht auf Einkommensbezieher abstellt²⁰). Gelänge es, den Einkom-

¹⁸) Tessaring, M., Hochschulabsolventen . . . , a.a.O.

¹⁹) Müller, W., Klassenlage und Lebenslauf, Mannheim 1978; Biossfield, H.-P., Berufseintritt und Berufsverlauf. Eine Kohortenanalyse über die Bedeutung des ersten Berufs in der Erwerbsbiographie, in: MittAB 2/1985, S. 177 ff.

²⁰) Vgl. zum Einkommensmodell des DIW: DIW, Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makroökonomisch orientierten Verteilungsrechnung, bearbeitet von Bedau, K.-D., B. Freitag, G. Göseke, V. Meinhardt, in: Schriften zum Bericht der Transfer-Enquete-Kommission, Band I, Teilband 1 und 2, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1982. Sowie Bedau, K.-D., Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/85, S. 177 ff.

mensanstieg in dieser Gruppe so zu begrenzen, daß ein Einsparungspotential von 3 Prozent dieser Summe zur Verfügung stünde, könnte immerhin im Umfang von 1,7 Milliarden DM eine zusätzliche Einstellung erfolgen. Geht man bei diesen zusätzlich Einzustellenden von einem Vielfachen von 1,5, d. h. einem Einkommen von 2500 DM aus, wären dies 52 660 neue Arbeitsplätze, eine Zahl, die für das Jahr 1982 etwa der der Arbeitslosen mit wissenschaftlichem Hochschulabschluß entspricht. Inzwischen ist die Arbeitslosenzahl weiter gestiegen. 1984 waren 114 610 Hochschulabsolventen arbeitslos. 45 Prozent dieser Hochschulabsolventen hätte man bei einer derartigen Maßnahme sofort einstellen können.

Alle Überlegungen diesen Typs sind im übrigen partialanalytischer Art. Die vielfältigen Rückwirkungen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sind hierbei nicht berücksichtigt. Diese vergrößern den Effekt. Das DIW hat in seinen Überlegungen zur mittelfristigen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft einmal versucht, den Beschäftigungseffekt zu bestimmen, der sich daraus ergäbe, daß die Einkommen im öffentlichen Dienst insgesamt um 1 Prozent hinter dem Einkommenswachstum des privaten Bereichs zurückbleiben²¹⁾. Schon nach vier Jahren einer derartigen Politik ergab sich insgesamt ein Beschäftigungseffekt von 500 000 Personen, eine Größenordnung, die ins Gewicht fällt.

Alle hier angestellten Überlegungen zur Einkommenssituation im öffentlichen Dienst machen beschäftigungspolitisch nur Sinn, wenn sichergestellt ist, daß die hier zur Diskussion gestellten Maßnahmen nicht zur Sanierung öffentlicher Haushalte mißbraucht, sondern beschäftigungswirksam eingesetzt werden. Auch die Akzeptanz derartiger Maßnahmen, sowohl in der Öffentlichkeit wie bei den Betroffenen, wird davon abhängen, daß die öffentliche Hand glaubhaft macht, daß sie die so möglichen Einsparungen in zusätzliche Beschäftigung umsetzt. Schon heute zeichnet sich ab, daß sich die Gewerkschaften unter gar keinen Umständen auf derartige Strategien einlassen werden, wenn diese nur der Senkung staatlicher Personalkosten dienen. Tarifverhandlungen müssen sich daher in Zukunft einerseits auf die Verteidigung des Personalkostenanteils in den öffentlichen Haushalten erstrecken, andererseits auf die Verteilung des

Tabelle 8: Einkommen und Anzahl erwerbstätiger Hochschulabsolventen 1982, die überwiegend dem öffentlichen Dienst zuzuordnen sind

Absolventen	Anzahl (in Tsd.)	Durchschnitts- einkommen ¹⁾ (DM/Monat)	Einkommen ²⁾ (1000 DM/ Jahr)
Wiss. Hochschulen	1 078,9	2 962	45 698 535
Fachhochschulen	276,4	2 871	11 347 684
Alle Hochschulabsolventen	1 355,3	2 943	57 046 220

¹⁾ Durchschnittseinkommen in DM (Median).

²⁾ Berechnet unter Zugrundelegung von 13 Monateinkommen und einer Differenz von 10 Prozent zwischen arithmetischem Mittel und Median.

Quelle: Berechnungen des DIW auf der Grundlage von: Tessaring, M., Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt, in: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 9/1984, und Tessaring, M., Qualifikation und Einkommen, in: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 7/1984.

sich so ergebenden Personalkostenanstiegs auf die Einkommen der schon im öffentlichen Dienst Beschäftigten und auf zusätzliche Beschäftigung.

So beachtlich die hier zur Diskussion stehenden Größenordnungen sind, so sehr darf man nicht verkennen, daß das insgesamt zur Diskussion stehende Problem nicht allein durch Einkommenspolitik im öffentlichen Dienst gelöst werden kann. Schließlich müssen wir uns auf eine Situation vorbereiten, in der jeder fünfte Berufsanfänger eine Hochschulausbildung mitbringt. Eine Öffnung zum privaten Dienstleistungssektor hin wird nötig sein, wenn man die Beschäftigungschancen des Dienstleistungssektors voll entwickeln will²²⁾.

Daß die Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten für einen Ausbau der Dienstleistungen nicht einfach ist, haben die bisherigen Überlegungen deutlich gemacht. Eine Begründung dafür, daß diese unüberwindbar sind, läßt sich aber bei nüchterner Analyse nicht geben. Eine Verbesserung der Situation ist freilich nur dann möglich, wenn die hier zur Diskussion stehenden Zusammenhänge und ihre Größenordnung erkannt werden. Eine intensive Diskussion der hier liegenden Probleme ist daher dringlich. Wir können es uns nicht leisten, das hiermit angeschnittene Thema zu tabuisieren, wie dies immer wieder versucht wird. Der Arbeitskräftebedarf der Zukunft wird davon abhängen, wie die hier diskutierten Probleme gelöst werden.

²¹⁾ Blazejczak, J., W. Kimer, H.-J. Krupp, Längerfristige Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/84, S. 355 ff.

²²⁾ Tessaring, M., G. Weißhuhn, Der Bestand an Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2000, in: MittAB 1/1985, S. 84 ff.